

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 102 (2022)
Heft: 1094

Artikel: Beamte im Glück
Autor: Leuzinger, Lukas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1035452>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Beamte im Glück



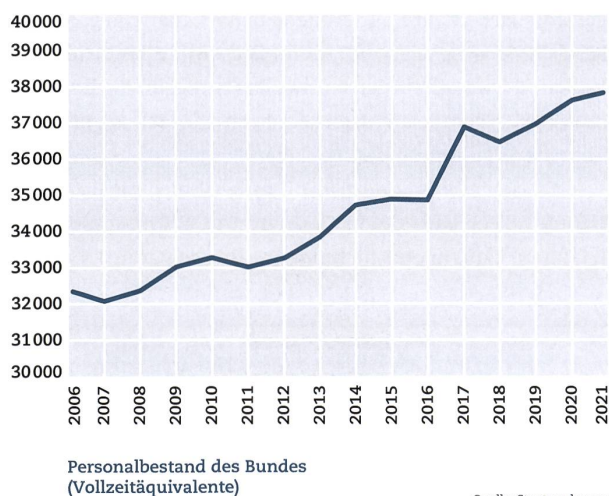
Die Coronakrise hat das Wachstum des Staats beschleunigt. Die Verwaltung wird nicht nur grösser, sondern zahlt auch Spitzenlöhne.

von Lukas Leuzinger

Während in der Pandemie viele Arbeitnehmer um ihre Stelle bangen, muss sich wenigstens eine Gruppe keine Sorgen um ihren Job machen: die Angestellten des Bundes. Ihr Bestand wuchs im Pandemiejahr 2020 um über 600 auf 37 689 Vollzeitäquivalente (siehe Abb. 1). Die Zufriedenheit der Mitarbeiter stieg auf einen neuen Höchststand, wie die Personalbefragung des Eidgenössischen Personalamts (EPA) ergab. «Die Bundesverwaltung war schon immer eine attraktive Arbeitgeberin – in Krisenzeiten aus nachvollziehbaren Gründen umso mehr», schreibt das EPA dazu auf Anfrage.

Abbildung 1

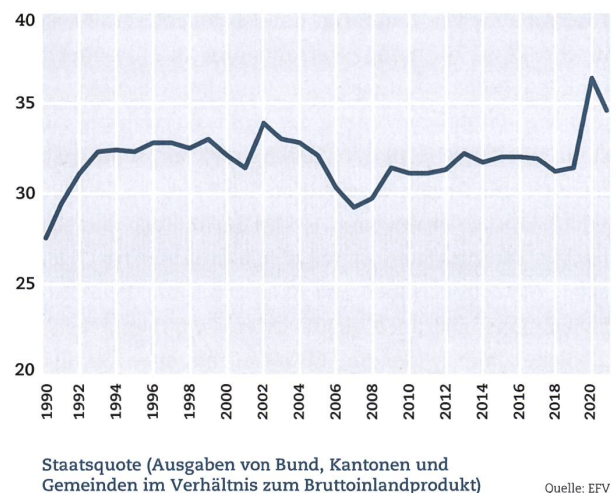
Mehr Leute arbeiten beim Bund



In der Krise schlägt die Stunde der Verwaltung. Im Zuge der Coronapandemie hat sich das Wachstum des Staates beschleunigt. Die Staatsquote – die Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt – ist 2020 auf den Rekordwert von 36,5 Prozent gewachsen. Das liegt zwar auch daran, dass die Wirtschaftsleistung gesunken ist. Doch auch im vergangenen Jahr, als die Konjunktur deutlich anzog, blieb die Quote über dem Vorkrisenniveau (siehe Abb. 2).

Abbildung 2

Der staatliche Fussabdruck wird grösser



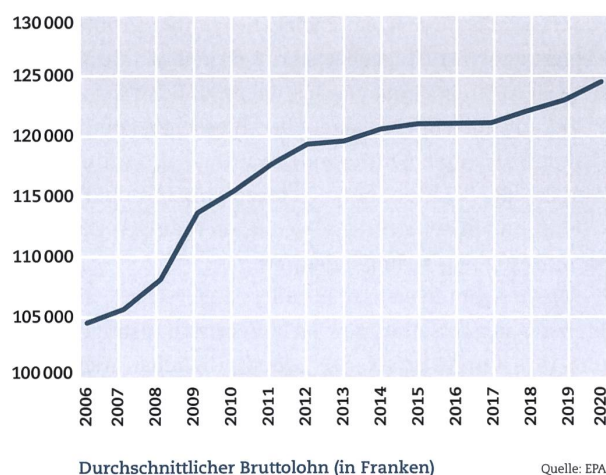
Betrachtet man die Entwicklung des Personalbestands beim Bund, baute 2020 vor allem das Innendepartement

aus – angesichts der Pandemie keine Überraschung. Über das vergangene Jahrzehnt gesehen hat das Aussendepartement mit einem Wachstum von fast 40 Prozent am stärksten zugelegt, gefolgt vom Innendepartement und dem Justiz- und Polizeidepartement mit 23 beziehungsweise 22 Prozent Zuwachs. 2015 hatte das Parlament im Grundsatz beschlossen, den Personalbestand auf 35 000 zu plafonieren. Vier Jahre später bekam die Bundesversammlung jedoch kalte Füße und schrieb das Geschäft ab. Seither ist die Zahl deutlich angestiegen. Ungeachtet der respektablen Personalausstattung findet sich in der Bundesverwaltung offenbar niemand, der Fragen zum Wachstum der Verwaltung beantworten kann. Jedenfalls lehnten mehrere Ämter Interviewanfragen des «Schweizer Monats» ab, wobei sie Zeitmangel geltend machten oder an andere Stellen verwiesen. Je grösser eine Organisation ist, desto unübersichtlicher wird sie, und so breitet sich die grosse Unzuständigkeit aus, wie sie in vielen Grossbetrieben zu beobachten ist.

Die Bundesangestellten sind in den letzten Jahren nicht nur zahlreicher geworden, sie verdienen auch besser. Der durchschnittliche Bruttolohn betrug 2020 über 124 000 Franken (siehe Abb. 3). Zum Vergleich: Im Gastgewerbe beträgt der Durchschnittslohn weniger als die Hälfte davon.

Abbildung 3

Der Bund bezahlt gut



Immerhin: Für das respektable Salär leisten die Bundesangestellten auch herausragende Arbeit. Jedenfalls erhielten vorletztes Jahr 96,6 Prozent von ihnen eine Beurteilung von «gut» oder «sehr gut» und somit automatisch

«Vorletztes Jahr erhielten 96,6 Prozent der Bundesangestellten eine Beurteilung von «gut» oder «sehr gut» und somit automatisch Anrecht auf eine Lohnerhöhung.»

Lukas Leuzinger

Anrecht auf eine Lohnerhöhung. (Wobei eine solche nur gewährt wird, wenn der Mitarbeitende noch nicht den Höchstbetrag seiner Lohnklasse erreicht hat, was laut EPA bei rund der Hälfte der Angestellten der Fall ist.) Daneben haben die Angestellten gemäss Bundespersonalgesetz auch Anrecht auf einen Teuerungsausgleich.

Freilich geben die Daten zur Kernverwaltung ein unvollständiges Bild über die gesamte Staatstätigkeit ab. In der Mitarbeiterzahl sind etwa die Angestellten bundeseigener Betriebe nicht enthalten, ebenso wenig die Angestellten von Firmen, an welche die Verwaltung Aufgaben ausgelagert und Aufträge

vergeben hat. Auch erfasst die Staatsquote zum Beispiel nicht die Tätigkeit von Krankenkassen, deren Ausgaben zwar vom Bund vorgegeben sind, aber nicht über das Bundesbudget, sondern über Zwangsabgaben in Form von Prämien finanziert werden. Zudem verursacht die Verwaltung auch indirekte Kosten in Form von Regulierungen, die Unternehmen und Privatpersonen zusätzlichen Aufwand beschieren. Der staatliche Fussabdruck ist somit deutlich grösser, als der Blick auf die Zahlen zur Verwaltung vermuten lässt. ◀



Lukas Leuzinger

ist stv. Chefredaktor dieser Zeitschrift.